

1 **Antrag-Nummer:** A2

2 **Antragsteller:** Unterbezirksvorstand

3 **Betreff:** Sozialdemokratische Antworten auf die Chancen und Herausforderungen
4 einer digitalen Gesellschaft

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

- 6 (1) Die SPD Bochum begrüßt das vom Arbeitskreis Innovation und Gesellschaft erarbeitete
7 Positionspapier.
8 (2) Es dient als Grundlage für die weitere Diskussion über das Thema „Sozialdemokratische
9 Antworten auf die Chancen und Herausforderungen einer digitalen Gesellschaft“
10 (3) Das Positionspapier wird als Antrag zu den kommenden Parteitagen der RuhrSPD und der NRW
11 SPD eingereicht.
12 (4) Der Landesvorstand der NRW SPD wird aufgefordert, ein „Digitalforum NRW“ einzurichten.

13
14 **Begründung:**

15
16 **1. Bedeutung des Themas**

17 Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft. Eine
18 Sozialdemokratie auf der Höhe unserer Zeit muss diese Herausforderungen erkennen und die sich
19 ergebenden Chancen des digitalen Wandels für eine moderne, freie und auch zukünftig sozial
20 gerechte Gesellschaft nutzen.

21 Die Debatte um den sogenannten „Upload-Filter“ verdeutlicht den Stellenwert des Themas
22 Digitalisierung in der Gesellschaft.

23
24 **2. Digitalisierung nicht reaktiv, sondern aktiv angehen**

25 Digitalisierung gestalten heißt nicht nur Folgen abmildern, sondern Chancen erkennen und
26 die Digitalisierung als ein Gestaltungsinstrument für eine moderne Politik zu begreifen.
27 Digitalisierung kann einen Mehrwert für die Gesellschaft darstellen (Digitale Dividende), der einen
28 neuen Gesellschaftsvertrag ermöglicht.

29
30 **3. Neue Formen der Aktivierung und der Beteiligung schaffen**

31 Die Einrichtung eines digitalen Forums soll das Knowhow in der Partei und der Mitglieder bündeln
32 und so die Chancen und Herausforderungen für den digitalen Wandel erkennen, begleiten und
33 Handlungsoptionen aufzeigen. Die Zukunftsdebatte reißt dieses Thema an, lässt aber nicht den
34 notwendigen Raum zur Entwicklung fundierter Positionen. Die Entwicklung der Digitalisierung soll
35 durch das **Digitalforum** partizipativ gestaltet werden.

36
37 **4. Die SPD als Partei des Fortschritts**

38 Die SPD ist die Partei der Zukunft und des Fortschritts. Dies gehört zum Kern des
39 sozialdemokratischen Weltbildes. Sie muss daher auch führende Kraft für digitalpolitische Themen
40 sein und dafür Sorge tragen, dass die Digitalisierung nach sozialen Aspekten gestaltet wird.

41
42 **Mögliche Gegenargumente und deren Entkräftigung:**

43
44 1. Das Thema Digitalisierung ist ein Querschnittsthema
45 Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, das in alle Lebensbereiche dauerhaft und tiefgreifend
46 hineinwirkt, und muss daher gesellschaftlich und politisch sichtbar aufgegriffen und gestaltet
47 werden.

48
49 2. Das Thema Digitalisierung wird bereits in der Zukunftsdebatte thematisiert

50 In der Zukunftsdebatte wird das Thema in seiner Wirkung auf die Gesellschaft aufgegriffen, jedoch
51 nicht als Instrument der Zukunftsgestaltung verstanden. Die NRW SPD braucht ein sichtbares
52 digitalpolitisches Profil, wenn sie als Zukunftspartei ernstgenommen werden will.

53
54 3. Die SPD hat bereits ein Grundsatzprogramm „Digital Leben“
55 Das Programm ist nicht in die Diskussion, die politische Praxis und die Programmatik eingegangen.
56 Das Thema Digitalisierung bedarf einer regelmäßigen und dauerhaften Diskussion innerhalb der
57 Partei.
58

59 **Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die NRW SPD ein digitalpolitisches Profil und**
60 **dazugehöriges Forum braucht, wenn sie eine Zukunftspartei sein will.**
61 **Positionspapier zu sozialdemokratischen Antworten auf die Chancen und Herausforderungen einer**
62 **digitalen Gesellschaft**
63

64 **DIGITALER KAPITALISMUS: SOZIALE MARTKWIRTSCHAFT ERHALTEN UND STÄRKEN**
65 ARBEIT: GUTE ARBEIT IN DER DIGITALEN WIRTSCHAFT
66 KÜNSTLICHE INTELLIGENZ: NEUE TECHNOLOGIEN VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN
67 BREITBANDAUSBAU: NEUE WEGE GEHEN
68 DATENSCHUTZ UND SOCIAL MEDIA: DATENSOUVERÄNITÄT WIEDERHERSTELLEN
69 GESUNDHEIT: DATEN NUTZEN - PATIENTENINTERESSEN SCHÜTZEN
70 BILDUNG: GUTE BILDUNG EIN LEBEN LANG
71 UMWELT: EIN GREEN NEW DEAL FÜR DIE ZUKUNFT
72 OPEN DATA UND OPEN GOVERNEMENT: DATEN SINNVOLL NUTZEN
73 DIE DIGITALE SPD: MODERNE STRUKTUREN SCHAFFEN
74 FÖRDERPROGRAMME: WEITERFÜHRENDE EMPFEHLUNGEN ZUR POLITISCHEN STEUERUNG
75
76

DIGITALER KAPITALISMUS: SOZIALE MARTKWIRTSCHAFT ERHALTEN UND STÄRKEN

Die Ausgangslage:

80 Der Kapitalismus in Zeiten der Digitalisierung muss den selben gesellschaftlichen Regeln und
81 Vereinbarungen gehorchen, wie in bisherigen Zeiten. Das grundgesetzliche Paradigma „Eigentum
82 verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ gilt in
83 uneingeschränktem Maße auch in einer Zeit, in der nahezu alle Unternehmen der Welt mit
84 Digitalisierung befasst oder durch sie getrieben werden.

Das Problem:

85 Trotz politischer und technischer Maßnahmen bilden digitale Plattformen Mono- und Oligopole, die
86 durch ein sog. „Lock-in“ der Nutzerinnen und Nutzer in das jeweilige Dienstleistungs-Universum
87 verstärkt werden.
88 Die Gewinne digitaler Dienstleistungsunternehmen wie z.B. Uber, Foodora, Deliveroo etc. werden
89 ausschließlich durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschaftet. Während diese
90 Unternehmen alle Rechte geltend machen, die ihnen als Unternehmen und als Betrieb zustehen,
91 nehmen Sie nicht in gleicher Weise die damit verbundenen Pflichten war. Dazu gehören unter
92 anderem: Die Zahlung des gültigen Mindestlohns, die Überwachung der Einhaltung des
93 Arbeitszeitschutzgesetzes, die gesetzlich geregelte Ermöglichung und Unterstützung bei der Wahl
94 eines Betriebsrates.
95

96 Acht der Zehn wertvollsten Unternehmen der Welt verdienen ihr Geld durch digitale / digitalisierte
97 Produkte und Dienstleistungen. Während diese Unternehmen weltweite Milliardenumsätze
98 erwirtschaften, werden durch komplexe Finanzstrukturen und Lizenznahme- bzw.
99 Lizenzvergabeprozesse die Gewinne vermeintlich geschmälert und über Ländergrenzen hinweg
100 verschoben. Das Ergebnis: Alle Gewinne fallen fiktiv nur in dem Land der Erde an, in dem die
101 102

103 niedrigsten Gewerbesteuersätze gelten oder mit denen individualisierte (Nicht-)
104 Besteuerungsabkommen herrschen, unabhängig davon, wo dieser Gewinn erwirtschaftet wurde.
105
106 Durch die Digitalisierung werden in Teilen des Betriebs menschliche Arbeitskräfte durch Maschinen
107 und Anlagen ersetzt werden. Während durch die Zahlung von Lohnsteuer und
108 Sozialversicherungsabgaben bei der Beschäftigung eines Menschen das Gemeinwohl durch
109 Arbeitsplätze mitfinanziert wird, fallen solche Zahlungen bei dem Einsatz von Maschinen aus.
110

111 **Die Position:**

112 Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für den Erfolg
113 deutscher Unternehmen und deutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewährt. Die SPD will
114 die Soziale Marktwirtschaft auch in Zeiten der Digitalisierung volumnfänglich erhalten, aber
115 hinsichtlich spezifischer Anforderungen in digitalen Umfeldern anpassen.
116

117 **DESHALB FORDERN WIR:**

118 **1. Geld verdienen mit Nutzerdaten regulieren**

119 Geschäftsmodelle, die darauf beruhen, dass Nutzerdaten erhoben, weiterverarbeitet oder gar
120 weiterverkauft werden, müssen den Nutzern vollständig transparent gemacht werden. Die Nutzerin
121 oder der Nutzer muss nachvollziehen können, was mit den jeweiligen Daten geschieht, einzelnen
122 Datennutzungen widersprechen und transparent einsehen können, welchen finanziellen Wert die
123 eigenen Daten haben.
124

125 **2. Monopolstellungen durch Netzwerkeffekte verhindern**

126 Mono- und Oligopole weniger Plattformanbieter durch ein „Lock-in“ ihrer Nutzer müssen, trotz aller
127 bisheriger Mühen, weiter aufgebrochen und den Nutzern eine Möglichkeit zur Datenportierung
128 ermöglicht und Wechselbarrieren abgebaut werden.
129

130 **3. Betriebliche Mitbestimmung in Zeiten der Gig-Economy stärken**

131 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in digitalen Dienstleistungsunternehmen müssen ausnahmslos und
132 zu jeder Zeit den vollen gesetzlichen Schutz als Arbeitnehmer/in genießen. Dazu gehören eine
133 strenge Überwachung zur Vermeidung von Scheinselbstständigkeit, zur Ermöglichung von
134 Betriebsratswahlen und zur Einhaltung aller arbeitsrechtlicher und arbeitsschutzrechtlicher
135 Vorschriften.
136

137 **4. Gewinne dort versteuern wo sie entstehen**

138 Unabhängig davon in welchem Land die Unternehmenszentrale sitzt, wo Lizenzierungsgeschäfte
139 abgeschlossen werden und in welchem Land Gewinne und Verluste aufschlagen, muss jedes
140 Unternehmen der Digitalwirtschaft, unabhängig von Sitz und Besteuerungsabkommen, seine
141 Gewinne dort versteuern, wo sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des jeweiligen Landes
142 erwirtschaftet werden.
143

144 **5. Maschinensteuer statt Lohnsteuer**

145 Unternehmen, die einen menschlichen Arbeitsplatz durch eine Maschine oder Anlage ersetzen,
146 müssen sich an den dadurch entstehenden Kosten für das Gemeinwohl beteiligen. Zur Finanzierung
147 der Weiter- und Fortbildung bzw. der Sozialtransfers derjenigen Menschen, die durch die Folgen der
148 Digitalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren, müssen Unternehmen die in hohem Maße Arbeitsplätze
149 digitalisieren und dadurch streichen, eine Maschinensteuer abführen.
150

151
152 **ARBEIT: GUTE ARBEIT IN DER DIGITALEN WIRTSCHAFT**

153

154 **Die Ausgangslage:**

155 Digitalisierung verändert alles, auch und insbesondere die Art und Weise wie wir arbeiten. Die

156 digitale Ökonomie mit ihren verändernden Anforderungen an Arbeitsinhalte, Arbeitsformen und
157 nicht zuletzt die Arbeitsflexibilität stellen die bisherigen Formen der Arbeit und der Mitbestimmung
158 in Frage. Digitale Technologien ermöglichen eine lückenlose Überwachung der Mitarbeiter/innen am
159 Arbeitsplatz. Adaptive Robotik und Algorithmen stellen zunehmend die sozialen Beziehungen in den
160 Betrieben in Frage. Steht der Mensch zukünftig noch im Mittelpunkt der Arbeit? Welche
161 Beschäftigtengruppen werden von digitalen Systemen ersetzt und wie können soziale Härten
162 abgefangen werden? Mit der Digitalisierung verwässern die Grenzen zwischen geregelter
163 Beschäftigung und Selbstständigkeit. SoloSelbständige, z.B. sogenannte Clickworker, stellen einen
164 neuen Trend dar, der bisherige Arbeitsverhältnisse in Frage und völlig unzureichende soziale
165 Absicherungen zur Folge haben.

166

Das Problem:

168 Unternehmen und Industrie treiben die Digitalisierung am Arbeitsplatz voran. Manuelle Vorgänge
169 werden durch automatisierte Vorgänge ersetzt. Dieser Prozess ist nicht erst seit heute, sondern seit
170 längerer Zeit im Gange. Dabei können Daten von Mitarbeitern gesammelt und können einfacher
171 ausgewertet werden. Die Politik spricht über Digitalisierung im Zuge von Internetausbau und
172 besserer Anbindung von Unternehmen. Die Veränderung von Arbeitsplätzen und die Möglichkeit der
173 Überwachung ist dagegen nur ein Randthema oder wird von Arbeitgebern als Fortschritt
174 angepriesen. Gewerkschaften und Betriebsräte haben immer weniger Einfluss auf die Umgestaltung
175 und Vernichtung von Arbeitsplätzen. Aufgrund der Historie kommen Betriebsräte selten aus der IT
176 und kennen daher auch nicht die Möglichkeiten der Digitalisierung.

177

Die Position:

179 Wir werden die Menschen auf dem Weg in die digitalisierte Arbeitswelt nicht allein lassen. Wir
180 wollen, dass die Digitalisierung der Arbeit neben ökonomischen auch soziale Fortschritte ermöglicht.
181 Sie soll die Arbeit erleichtern, Familie und Arbeit besser miteinander verbinden und die Work Life
182 Balance verbessern. Der digitale Fortschritt muss auch ein sozialer Fortschritt sein. Dazu müssen die
183 Gestaltungsmöglichkeiten und die Mitsprache von Betriebsräten und Gewerkschaften gestärkt
184 werden. Zudem müssen die Möglichkeiten von Aus- und Weiterbildung strukturell ausgebaut und
185 finanziell unterstützt werden.

186

DESHALB FORDERN WIR:

1. Kontrolle ggf. Verbot von Arbeitnehmerdatenerfassung

189 Die Erfassung von Arbeitnehmerdaten muss im Sinne der Datensparsamkeit beschränkt werden.
190 Hierzu muss die Politik die Mitbestimmung für Gewerkschaften und Betriebsräte stärken.

191

2. Förderung von Mitarbeitern durch Weiterbildung

193 Schaffung und Finanzierung von Weiterbildungsprogrammen, damit die Menschen eine Chance auf
194 dem neuen Arbeitsmarkt haben. Wir müssen Alternativen für die Menschen schaffen, die bei der
195 Entwicklung möglicherweise nicht mithalten können.

196

3. Eine soziale Absicherung

198 Menschen sozial absichern und dabei auf die neue Form der digitalen Arbeit achten, damit niemand
199 durch das soziale Netz fällt oder Standards unterlaufen werden.

200

4. Kontrolle von Arbeitsgesetzen

202 Bessere Kontrolle der Arbeitsgesetze und Arbeitszeiten, um Ausbeutung und unterlaufen von
203 Mindestlöhnen zu verhindern.

204

205

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ: NEUE TECHNOLOGIEN VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN

207

Die Ausgangslage:

209 Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren einen neuen Reifegrad erreicht und entwickelt
210 sich zum Treiber der Digitalisierung in allen Lebensbereichen. Ob in der alltäglichen Arbeit, in Bildung
211 und Wissenschaft, dem Gesundheitswesen oder in Grundsatzfragen der Ethik und des Rechts: Der
212 Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird sich tiefgreifend auf alle Lebensbereiche auswirken.
213 Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind aufgefordert, sich den Chancen und Risiken
214 Künstlicher Intelligenz zu stellen.

215

Das Problem:

216 Treiber der Entwicklung beim Thema Künstlicher Intelligenz und ihrer Anwendungen sind
217 Digitalkonzerne aus den USA und China, wie z.B. Facebook, Google, Tencent oder Baidu. Ein
218 regelrechter Wettkampf hat begonnen, wer sich die Vorteile KI basierter Systeme als erster zunutze
219 macht. Ob Datenverfügbarkeit, Innovationsfähigkeit, Geld oder Datenschutz – Die Bedingungen in
220 den USA und China sind andere als in Deutschland und Europa. Wir müssen daher unseren eigenen
221 Weg jenseits der USA und China gehen.

222

Die Position:

223 Nicht Akzeptanz sondern Vertrauen ist die entscheidende Voraussetzung für den Einsatz künstlicher
224 Intelligenz. KI kann und wird in allen Lebensbereichen eine große Wirkung haben. Dazu bedarf es oft
225 persönlicher Daten. Deshalb müssen die Prinzipien des Datenschutzes und der informationellen
226 Selbstbestimmung Anwendungen finden, der Einsatz von KI Systemen muss erkennbar und die
227 Entscheidungen von Algorithmen müssen nachvollziehbar sein. Auch müssen Systeme anhand hoher
228 Qualitätsmaßstäbe trainiert und überwacht werden.

229

DESHALB FORDERN WIR:**1. Eine gesellschaftliche Diskussion über die Anwendungen von KI und deren Grenzen**

230 Wie und zu welchen Zwecken wollen wir Künstliche Intelligenz einsetzen? Welche ethischen Werte
231 und rechtlichen Rahmenbedingungen liegen dem Einsatz zu Grunde?

232

2. Die Chancen von Künstlicher Intelligenz verantwortungsvoll nutzen

233 Die Chancen von KI nutzen: z.B. im Gesundheitswesen, für den Umweltschutz, dem Management von
234 Energiesystemen und smarten Städten. KI ist eine Chance für Wachstum, Innovation und
235 Nachhaltigkeit. Diese wollen wir verantwortungsvoll fördern.

236

3. KI basierte Systeme müssen hohen Qualitätsmaßstäben unterliegen

237 Vertrauen durch Transparenz sind Voraussetzung für den Einsatz von KI - deshalb müssen KI Systeme
238 in Entwicklung, Training und Einsatz hohen Qualitätsansprüchen genügen. Dazu soll eine
239 verpflichtende staatliche Zertifizierung eingeführt werden. KI basierte Systeme müssen dabei
240 diskriminierungsfrei und gemäß der Datenschutzgrundverordnung ausgelegt werden.

241

4. Deutschland und Europa müssen einen eigenständigen Weg um Umgang mit KI gehen

242 Deutschland und die EU müssen den Vergleich mit den USA und China beim Thema KI nicht scheuen
243 und dabei aufzeigen, dass andere Wege zur KI-Nutzung jenseits von staatlicher Willkür/Missbrauch
244 oder des Verstoßes gegen das Datenschutzrecht möglich sind.

245

5. Der digitale Wandel der Arbeitswelt muss gestaltet werden

246 KI wird die Arbeitswelt massiv verändern. Diesen Wandel gilt es aktiv z.B. durch lebensbegleitendes
247 Lernen und ein modernes Bildungssystem zu gestalten. Der Einsatz von KI soll den Menschen
248 unterstützen und neue Produkte und Berufe ermöglichen.

249

6. Ein Verbot autonomer Waffensysteme

250 Der Einsatz von KI basierten autonomen Waffensystemen muss verboten werden.

251

BREITBANDAUSBAU: NEUE WEGE GEHEN

252

262

Die Ausgangslage:

263 Die Versorgung mit schnellem Internet ist so essenziell wie die mit Elektrizität und Wasser.
264 Spätestens mit der Verbreitung von Videostreaming, Video-Telefonie und Online-Gaming steigt der
265 Webtraffic privater Haushalte deutlich an. Auf dem Immobilienmarkt lässt sich beobachten, dass
266 Wohnung ohne schnelles Internet schwerer vermietet werden können und Häuser in nicht
267 versorgten Gebieten deutliche Wertverluste hinnehmen müssen. Für Unternehmen ist das Fehlen
268 einer schnellen Breitbandverbindung existenzbedrohend. Stellt der Versand oder Empfang großer
269 Datenmengen ein Problem dar oder ist er nun zu bestimmten Tageszeiten möglich, behindert dies
270 das produktive Arbeiten massiv und stellt einen Standortnachteil dar.

271

272 Das Problem:

273 Nach 13 Jahren unter Merkel muss man feststellen, dass das bisherige Ausbaumodell gescheitert ist:
274 Die durchschnittliche Verbindungsgeschwindigkeit in Deutschland betrug im ersten Quartal 2017
275 15,3 Mbits, weit unter denen beispielsweise in Südkorea, Norwegen oder Schweden. Der Anteil der
276 Glasfaseranschlüsse in Deutschland liegt mit 2,1% deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 22,3%
277 und noch viel weiter hinter Spitzenländern wie Japan und Südkorea mit mehr als 75%. Aktuelle
278 Statistiken über den Ausbau der Breitbandinfrastruktur lassen keine echte Trendwende erwarten. Im
279 Gegenteil: Mit Blick auf den nur zögerlichen Abruf von Fördermitteln scheint man hier aktuell weit in
280 Rückstand zu geraten.

281

282 Die Position:

283 Das bisherige Modell, den Ausbau durch private Internetprovider über Fördermittel zu organisieren,
284 ist gescheitert. Statt zukunftsfähige Glasfasertechnologie auszubauen, wird versucht, abgeschriebene
285 Kupferleitungen so lange wie möglich weiterzuverwenden und den Ausbau so lange es geht
286 hinauszuzögern. Statt neuer Ankündigungen und der Ausweitung von Fördertöpfen, die ohnehin
287 nicht abgerufen werden, brauchen wir eine Ausweitung des öffentlichen Engagements beim
288 Breitbandausbau. So wie Volkswagen oder Daimler nicht unsere Straßen bauen, gehört diese
289 Infrastruktur im Sinne der Daseinsvorsorge in öffentliche Hand, private Beteiligungen und PPPs
290 lehnen wir ab.

291

292 DESHALB FORDERN WIR:

293 1. Einen Neustart im Breitbandausbau

294 Anstatt gegen die individuellen Profitinteressen von privaten Internet Service Providern
295 anzusubventionieren und auf den Ausbau zu hoffen, muss die öffentliche Hand das Heft des
296 Handels wieder selbst in die Hand nehmen.

297

298 2. Gründung regionaler Infrastrukturgesellschaften

299 Regionale Infrastrukturgesellschaften organisieren, planen und führen den Ausbau vor Ort durch.
300 Nach Jahren der kommunalen Austeritätspolitik sind viele Städte und Gemeinden an ihre
301 Kapazitätsgrenzen angelangt. Ausbauprojekte scheitern schon heute häufig an fehlenden
302 Planerinnen und Planern, obwohl genügend Mittel zur Verfügung stehen. Regionale
303 Infrastrukturgesellschaften können hier somit auch zur Angleichung von Lebensverhältnissen sorgen
304 und strukturelle Polarisierungsprozesse ausgleichen.

305

306 3. Schaffung von Leitprojekten

307 Stärkung der Nachfrage nach schnellem Internet. Große Leitanwendungen und Use-Cases müssen im
308 Sinne einer weiteren Digitalisierung unterstützt werden. Dazu zählen bspw. Anwendungen im
309 Bereich des E-Learnings, Home-Office oder Gesundheitsanwendungen.

310

311

312

313 DATENSCHUTZ UND SOCIAL MEDIA: DATENSOUVERÄNITÄT WIEDERHERSTELLEN

314

315 **Die Ausgangslage:**
316 Ob Informationsbeschaffung, Einkauf oder Wahlen - Soziale Netzwerke haben eine Wirkmacht
317 erreicht, die im öffentlichen Leben allgegenwärtig sind. Der Umgang von Facebook mit Nutzerdaten
318 zeigt, dass der Einzelne wieder über die Nutzung seiner Daten entscheiden können muss. Die
319 Offenlegung von Algorithmen kann nur ein erster Schritt sein, wir brauchen Transparenz im Umgang
320 mit unseren Daten. Daten werden zu allen Anlässen gesammelt, ob für die Maut, für Statistiken in
321 Stadt, Land und Bund, für Verbrechensbekämpfung.

322
323 **Das Problem:**
324 Die digitalen Bürgerrechte werden nicht nur durch private Unternehmen bedroht. Unter dem
325 Vorwand drohender terroristischer Anschläge hat der Staat eine dramatische Ausweitung der
326 Überwachung beschlossen. Mit jeder weiteren Nachricht über Anschläge lassen sich die immer
327 gleiche Reflexe in der Politik beobachten: Geheimdienste, Verfassungsschutz und Politiker fordern
328 eine weitere Aushöhlung von Bürgerrechten, häufig ohne eine angemessene Wirksamkeit der
329 Maßnahmen nachzuweisen zu können. Die Vorratsdatenspeicherung und Videoüberwachung setzt in
330 einer nie dagewesenen Weise alle Bundesbürger unter Generalverdacht und schafft die Infrastruktur
331 für eine flächendeckende Überwachung eines jeden Einzelnen. Großkonzerne haben einen großen
332 Einfluss auf die Politik errungen und sind durch ihre vielfältigen Strukturen kaum noch zu
333 kontrollieren. Konzerne wie Facebook machen Meinung und damit auch Politik.

334
335 **Die Position:**
336 Das Vertrauen der Menschen in den Datenschutz muss wieder hergestellt werden. Der Bürger muss
337 zudem wissen, was mit seinen Daten passiert und wofür sie benutzt werden. Wir wollen digitale
338 Souveränität und einen selbstbestimmten Umgang mit unseren Daten ermöglichen. Große Konzerne
339 müssen besser überwacht und kontrolliert werden. Ihr Handeln muss transparent werden. Die Politik
340 gibt die Rahmenbedingungen vor, nicht Großkonzerne.

341
342 **DESHALB FORDERN WIR:**

343 **1. Debatte über soziale Netzwerke**

344 Deshalb müssen wir eine (partei-)öffentliche Debatte über die Zukunft von Sozialen Netzwerken
345 anstoßen. Dabei müssen Transparenz und die Begrenzung der Macht der Sozialen Netzwerke im
346 Vordergrund stehen.

347
348 **2. Datenschutz Kontrolle**

349 Diese Logik einer immer weiteren Verschärfung des Überwachungsstaates muss Einhalt geboten
350 werden. Deshalb fordern wir, bestehende Maßnahmen kritisch auf ihre Wirksamkeit zu überprüft
351 und ggf. wieder zurückzunehmen.

352
353 **3. Information des Bürgers**

354 Der Bürger muss über die Nutzung und Weitergabe seiner Daten informiert werden und das Recht
355 haben, diese einzusehen und Weitergabe zu verweigern.

356
357
358 **GESUNDHEIT: DATEN SINNVOLL NUTZEN - PATIENTENINTERESSEN SCHÜTZEN**

359
360 **Die Ausgangslage:**
361 Ob Schrittzähler, Pulsmessung, Blutzuckerdaten oder Genomanalysen: Die Erfassung von
362 Gesundheitsdaten schreitet mit der Digitalisierung immer weiter voran. Dazu kommen Millionen von
363 qualitativ hochwertigen Datensätzen aus Krankenhäusern, Arztpraxen, Laboren und
364 Forschungseinrichtungen. Diese Daten haben ein großes Potential, wenn es darum geht die optimale
365 individuelle Therapie oder Rehabilitationsmaßnahme zu finden, mit chronischen Krankheiten
366 umzugehen und die verfügbaren Ressourcen des Gesundheitssystems effizient zu nutzen. Zudem
367 werden die Möglichkeiten der Telemedizin für neue Kommunikations- und Versorgungsformen sowie

368 dem Einsatz in strukturschwachen Regionen nur unzureichenden genutzt.

369

Das Problem:

371 Daten und Technik sind vorhanden um die Potenziale von Gesundheitsdaten nutzbar zu machen. Bis
372 heute werden Daten und Infrastruktur jedoch nicht oder nur unzureichend genutzt. Zudem sind
373 Patienten sind misstrauisch, wenn es um die Erfassung, Speicherung und Auswertung ihrer Daten
374 geht, da individuelle Nachteile fürchten. Die Gesundheitskarte die nahezu jeder in seiner Tasche
375 trägt, hat Milliarden EUR gekostet und enthält bis heute keine Informationen, die über
376 persönliche Daten wie z.B. Name, Alter und Adresse etc. hinausgehen. Die Umsetzung ist bis heute
377 mangelhaft und Politik und Selbstverwaltung geben sich gegenseitig die Schuld für den Misserfolg.
378

379

Die Position:

380 Die Nutzung persönlicher Gesundheitsdaten durch Arzt und Krankenkasse für eine bessere
381 Gesundheitsversorgung und Prävention findet eine breite Zustimmung. Im Gegenzug ist ein
382 umfassender rechtssicherer Patientendatenschutz, ein selbstbestimmter Umgang mit den eigenen
383 Daten sowie Transparenz über den Verbleib der Daten notwendig.
384

385

DESHALB FORDERN WIR:

1. Solidarprinzip absichern

387 Verankerungen eines Diskriminierungsverbots aufgrund individualisierter Gesundheitsprofile im
388 Sozialgesetzbuch V z.B. bei Krankenkassenleistungen oder durch den Arbeitgeber.
389

390

2. Selbstbestimmer Umgang mit Daten ermöglichen

391 Der Patient/die Patientin muss jederzeit und uneingeschränkt Einsicht in die über ihn erhobenen
392 Gesundheitsdaten in Form eines Gesundheitsdatenkontos haben und selbst entscheiden können,
393 welche Daten einsehbar sind und welche nicht, z.B. gegenüber anderen Ärzten oder Krankenhäusern.
394

395

3. Daten in staatliche Hand geben

396 Die Erfassung und Speicherung von Gesundheitsdaten in einem Gesundheitsdatenkonto soll
397 ausschließlich durch eine staatliche Trägerorganisation erfolgen und höchsten Sicherheitsstandards
398 entsprechen.
399

400

4. Digitale Infrastruktur ausbauen

401 Beibehaltung der Gesundheitskarte und Ausbau der Funktionen zu einer vollwertigen elektronischen
402 Gesundheitskarte. Auf- und Ausbau einer flächendeckenden und bundesweiten telemedizinischen
403 Versorgung.
404

405

5. Aufbau von Datengenossenschaften

406 Datengenossenschaften sind ein Modell für den Umgang mit Gesundheitsdaten, das in der Schweiz
407 Anwendung findet. Die Einführung eines solchen Modells sollte auch in Deutschland geprüft
408 werden.
409

410

BILDUNG: GUTE BILDUNG EIN LEBEN LANG

412

Die Ausgangslage:

414 Die Digitalisierung fordert unser Bildungssystem heraus. Infolge der Digitalisierung verändert sich die
415 Arbeitswelt mit großen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Während in der Vergangenheit von
416 Umbrüchen meist nur eine Branche betroffen war, sind die Vorzeichen heute andere. Der Umbruch
417 findet in der Breite statt: Er betrifft Tätigkeiten in der Verwaltung, in Banken, der Produktion, im
418 Transportwesen und das in schneller Abfolge. Nach einer Studie des ZEW aus dem Jahr 2015 arbeiten
419 42 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Berufen mit hoher
420 „Automatisierungswahrscheinlichkeit“. Im Bildungsbereich ist die Digitalisierung sowohl für die

421 Lehrenden wie auch für die Lernenden eine Herausforderung, die, wenn sie erfolgreich angegangen
422 wird, bessere Lernerfolge verspricht. Als Anwendungsmöglichkeiten in der Schule lässt sich zuerst die
423 Künstliche Intelligenz nennen, die bei der Lerndiagnostik, bei der Erstellung individualisierter
424 Förderpläne wertvolle Dienste leisten kann.

425
426 **Das Problem:**
427 Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Bildungssektors ist, dass Fachkräfte
428 weiterhin durch kontinuierliche Weiterbildung fit für den digitalen Wandel gemacht werden. Auch
429 müssen die finanziellen Rahmenbedingungen langfristig und nachhaltig verbessert werden, damit die
430 digitale Ausstattung nicht nur angeschafft, sondern auch unterhalten und gepflegt werden kann.
431

432 **Die Position:**
433 Dieser Wandel muss gestaltet werden. Eine gute schulische Bildung und lebensbegleitendes Lernen
434 ist der Schlüssel zum Erfolg für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben und zukunftsfähige
435 Arbeitsplätze. Deshalb fordern wir eine moderne, innovative und Aus- und Weiterbildungspolitik.
436 Den Lernenden - ob in Weiterbildung oder in der schulischen Bildung - müssen digitale Kompetenzen
437 vermittelt werden, d.h. Basiskompetenzen zum effizienten und produktivem Umgang mit Soft- und
438 Hardware. Ihnen muss des Weiteren ermöglicht werden, Merkmale und Kennzeichen der neuen
439 Medien vor dem Hintergrund der Mediengeschichte kritisch zu reflektieren (z.B. die Verbreitung von
440 Lügen in Geschichte und Gegenwart).

441
442 **DESHALB FORDERN WIR:**
443 **1. Die digitale Lernmittelfreiheit**
444 Digitale Medien müssen den Lernenden hierbei kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, um die
445 Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.
446

447 **2. Eine finanzielle Förderung der Digitalisierung im Bildungsbereich**
448 Dies muss nachhaltig und langfristig angelegt sein und digitale Kompetenzen aller am
449 Bildungsprozess Beteiligten fördern.
450

451 **3. Digitale Kompetenzen müssen in der Lehrerausbildung curricular verankert werden**
452 Dies soll auch die Bereiche des E-learning, z.B. Webinare und Tutorials, umfassen.
453
454

455 **UMWELT: EIN GREEN NEW DEAL FÜR DIE ZUKUNFT**

456
457 **Die Ausgangslage:**
458 Wir befinden uns inmitten einer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Klimawandel
459 und die zunehmende Zerstörung der Umwelt haben sich zu einer der größten Gefahren der
460 Menschheit entwickelt. Die Digitalisierung spielt dabei eine ambivalente Rolle. Einerseits schafft sie
461 Probleme die vor ihr nicht gab, andererseits kann sie auch ein Teil der Lösung des Problems sein.
462

463 **Das Problem:**
464 Die Einführung und Anwendung digitaler Technologien hat zu einem massiven und
465 überdurchschnittlichen Anstieg des Energieverbrauchs geführt. Technologien die z.B. Blockchain
466 verbrauchen enorme Menge an Energie ohne tatsächliche Werte zu erzeugen. Die anhaltende
467 Digitalisierung und Virtualisierung von Produkten und Prozessen hat zudem einen stetig steigenden
468 Rohstoffbedarf zur Folge. Eine Entwicklung, die durch die immer kürzeren Produktzyklen von Handys
469 immer weiter verstärkt werden. Mit der Industrie 4.0 und dem Aufbau einer neuen Digitalen
470 Infrastruktur wird sich diese Tendenz weiter fortsetzen. Die Digitalisierung wie sie sich in der
471 heutigen Form vollzieht, schadet der Umwelt mehr als sie ihr nutzt.
472

473 **Die Position:**

474 Die Industrialisierung hat viele der heutigen Umwelt- und Klimaprobleme geschaffen. Die digitale
475 Revolution muss dazu beitragen diese Probleme zu lösen. Dazu setzen wir auch eine nachhaltige und
476 ökologische Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik losgelöst von einer Wachstums- und
477 Konsumorientierung. Zudem gilt es die Chancen digitaler Technologien wie z.B. Big Data und
478 Künstlicher Intelligenz im Kampf gegen den Klimawandel und die Umweltverschmutzung konsequent
479 zu nutzen.

480

481 **DESHALB FORDERN WIR:**

482 **1. Investitionen eine Nachhaltige Zukunft: Ein Green New Deal**

483 Die Idee des Green New Deal versteht sich als Antwort auf die strukturelle Krise von Wirtschaft,
484 Umwelt und Gesellschaft. Dabei geht es um die konsequente Ausrichtung auf eine nachhaltige
485 Wirtschaft und Infrastruktur sowie mehr Chancengleichheit und soziale Teilhabe. Dies soll
486 durchmassive Investitionen eine ökologische Infrastruktur (Verkehr, Energie) sowie Bildung und
487 Qualifizierung erreicht werden.

488

489 **2. Nutzung Digitaler Innovationen für eine neue Umweltpolitik**

490 Technologien wie Big Data und Künstliche Intelligenz unterstützen den Weg zu einem Green New
491 Deal, in dem sie
492 - den Aufbau einer intelligenten Stromversorgung und neuer Mobilitätskonzepte unterstützen,
493 - den Schutz der Biodiversität durch die Überwachung von Ökosystemen sicherstellen,
494 - die Abwehr von Wilderei und den gezielten Schutz bedrohter Arten verbessern,
495 - für die Verbesserung von Wasser- und Luftqualität genutzt werden.

496 Dazu Bedarf der Rückkehr zu einer sachgerechten und faktenbasierten Umwelt-, Energie- und
497 Verkehrspolitik sowie eines Förderprogramms zum Aufbau und Anwendung digitaler Technologien
498 für den Umweltschutz.

499

500

501 **OPEN DATA UND OPEN GOVERNEMENT: DATEN SINNVOLL NUTZEN**

502

503 **Die Ausgangslage:**

504 „Wie hoch ist der Feinstaubgehalt eigentlich in meinem Viertel?“, „Kommt mein Bus pünktlich?“,
505 „Wofür was gibt meine Kommune eigentlich das Geld aus?“. Obwohl öffentliche Verwaltungen im
506 Rahmen ihrer Arbeit eine Vielzahl von Daten erzeugen, war die Beantwortung solcher Fragen lange
507 Zeit sehr aufwendig. Im Rahmen der Digitalisierung und unterstützt vom Informationsfreiheitsgesetz
508 (IfG) versuchen Open Data-Initiativen seit einigen Jahren auch in Deutschland, Daten systematisch
509 aufzubereiten und Interessierten zur weiteren Verwendung zur Verfügung zu stellen.

510

511 **Das Problem:**

512 Deutsche Behörden sind aktuell noch nicht in der Lage, die durch Verwaltungshandeln entstehenden
513 Daten „by design“ standardmäßig zu veröffentlichen. Neben technischen Voraussetzungen, mangelt
514 es an personellen Kapazitäten, um die Umgestaltung der Prozesse in den Behörden zu koordinieren.

515

516 **Die Position:**

517 Die öffentliche Hand muss in die Lage versetzt werden, Open Data und Open Government-Anliegen
518 zu unterstützen. Neben wirtschaftlichen Potenzialen wird so ein essenzieller Beitrag zu mehr
519 Transparenz und zur Stärkung von Demokratie in Zeiten der Digitalisierung geleistet. Sie müssen
520 bürgernah modernisiert werden und Amtswege erleichtern. Mit digitalen Angeboten, wie Bürger
521 Online-Diensten oder Bürgerkonten, sollen Bürger unabhängig von Öffnungszeiten ihre
522 Amtsgeschäfte erledigen können. One-Stop-Government - also Service aus einer Hand - ist in
523 anderen Ländern wie z.B. in nordeuropäischen Staaten längst Alltag. Dies ist bis heute in Deutschland
524 nicht gelungen.

525

526 **DESHALB FORDERN WIR:**

527 1. Eine breite Debatte zum Themen Open Data und Open Government

528 Was kann, was soll Open Data leisten? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht es? Wie viel
529 Transparenz wollen wir im Umgang mit öffentlichen Daten und Daten der Bürger? Wie lassen sich
530 entsprechende Communities, die die offenen Daten in spannende Anwendungen überführen,
531 effektiv unterstützen?

532

533 2. Mehr Anstrengungen bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen

534 Wir brauchen ein Konzept, für eine sichere, effiziente und bürgerfreundliche digitale Verwaltung, die
535 zeitnah umgesetzt wird. Neben technischen Hürden sind dabei vor allem Fragen der Akzeptanz bei
536 den Bürgern zu klären. Formate wie der E-Ausweis, die elektronische Gesundheitskarte oder DE-Mail
537 stehen für Projekte, die mit hohem finanziellen Aufwand entwickelt, dann aber kaum Verbreitung
538 fanden. Auch gilt es zu ermitteln, wo bestehende rechtliche Hürden im Sinne des Nutzungskomforts
539 angepasst werden können.

540

**541 3. Neben Fragen der Datenqualität und der Gestaltung offener Verwaltungsprozesse sind vor allem
542 drohende Finanzierungsprobleme zu klären**

543 Nach vielen Jahren der Austeritätspolitik in den Kommunen sind viele Städte und Gemeinden nicht
544 mehr in der Lage, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Hier muss der Bund die finanzielle Hauptlast
545 tragen. Auch müssen eventuelle negative Folgen einer Veröffentlichung mit beachtet werden.

546

547

548 DIGITALE SPD: MODERNE STRUKTUREN SCHAFFEN

549

550 Die Ausgangslage:

551 Die Wahl Donald Trumps, die Entscheidung der britischen Bevölkerung für den Brexit und das
552 Erstarken der AfD in allen deutschen Parlamenten: In allen Wahlentscheidungen der vergangenen
553 Zeit spielten digitalisierte Wahlkämpfe und Wahlwerbung eine fundamentale Rolle. Die
554 Kommunikation zwischen Wählerschaft und Partei, die Verbreitung von (Un)Wahrheiten durch
555 soziale Netzwerke und die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft sind durch das Aufkommen
556 von Internet und Smartphones in einem bisher nie gekannten Ausmaß möglich. Doch nicht nur im
557 Außen-, auch im Innenverhältnis wird die Parteiarbeit durch digitale Prozesse verändert. Hier sind
558 alternative Kommunikationsmittel genauso gefragt wie eine transparente Informationspolitik und
559 vereinfachte Möglichkeiten zur Partizipation. Während das Engagement in der SPD früher vorrangig
560 durch Einsätze in den Ortsvereinen getragen wurde, möchten Mitglieder nun auch auf digitale Weise
561 teilhaben und mitbestimmen.

562

563 Das Problem:

564 Die Reichweite der SPD ist, hinsichtlich ihrer politischen Inhalte und Positionen, in den sozialen
565 Medien, im Vergleich zu anderen Organisationen, ausbaufähig. Jenseits der Veröffentlichung von
566 Pressemeldungen und der Übersetzung klassischer Offline-Kampagnenarbeit in Online-Medien findet
567 die SPD im Internet kaum statt. Weder werden Kampagnen wie bspw. #MeToo, #MeTwo,
568 #WirSindMehr, trotz ihrer im Wesen sozialdemokratischen Inhalte, mit der SPD in Verbindung
569 gebracht, noch gelingt es der Partei eigene Inhalte im online-medialen Diskurs zu platzieren. Dies
570 gelingt undemokratischen Parteien leider in quantitativ und qualitativ höherem Maße. Auch
571 hinsichtlich der Binnenperspektive fehlen Strukturen, die über die Arbeit der SPD informieren,
572 digitale Partizipation ermöglichen und schnellen und unkomplizierten Kontakt mit Gremien und
573 Instanzen innerhalb der SPD herstellen. Digitale Bürgersprechstunden als Ergänzung zu den
574 bisherigen „offenen Türen“ fehlen dabei genauso wie eine Datenbank, die Expertenwissen verfügbar
575 macht und in die sich neue Mitglieder mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten eintragen können,
576 um sich in die Parteiarbeit einzubringen.

577

578 Die Position:

579 So wie die Digitalisierung unserer Gesellschaft nur dann demokratisch und menschenfreundlich

580 gelingen kann, wenn in ihr wesentliche sozialdemokratische Errungenschaften beachtet und etabliert
581 werden, gelingt der zukünftige Aus- und Aufbau der SPD nur dann, wenn sie sich digitalen Prozessen
582 und Strukturen öffnet. Dazu gehört die Rekrutierung digitaler Kompetenz innerhalb der SPD, eine
583 klare digitale Wahlkampfstrategie, die Implementierung von Systemen, mit denen Mitglieder die
584 Partei erleben, erfahren und über interne Foren miteinander ins Gespräch kommen können.
585

586 **DESHALB FORDERN WIR:**

587 **1. Digitale / Digitalisierte Inhalte für potenzielle Wählerinnen und Wähler**

588 Die SPD muss ihre Kampagnenfähigkeit, die sie viele Jahre auf der Straße unter Beweis gestellt hat,
589 auch in die Online-Welt übersetzen. Sozialdemokratische Inhalte müssen mehr als bisher Einzug
590 halten in die sozialen Medien

591 **2. Digitalisierung der Ortsvereine**

592 Die Ortsvereine als Basis der Partei müssen sich der Digitalisierung öffnen. Mit „digitalen
593 Bürgersprechstunden“ müssen Bürgerinnen und Bürger mit der SPD Kontakt aufnehmen und über
594 aktuelle Internetseiten bzgl. der regionalen und kommunalen Arbeit der SPD informieren können.
595

596 **3. Schaffung digitaler Partizipationsmöglichkeiten**

597 Die SPD muss auch jenen Mitgliedern die Teilnahme am sozialdemokratischen Diskurs ermöglichen,
598 die sich nicht im Ortsverein engagieren können oder wollen. Dafür bedarf es vieler neuer digitaler
599 Kommunikationsmöglichkeiten, die Teilnahme und Teilhabe ermöglichen.

600 **4. Eine Absage an Wahlcomputer jeglicher Art**

601 Digitalisierte Wahlsysteme und Wahlcomputer sind ausnahmslos anfällig für manipulative Eingriffe
602 durch Dritte. Bewährte Stimmabgabe- und Stimmauszählungsverfahren müssen innerhalb und
603 außerhalb der SPD sichergestellt und bereitgestellt werden. Vor dem Hintergrund, dass geheime und
604 freie Wahlen die Grundlage aller demokratischen Prozesse innerhalb und außerhalb der SPD sind,
605 fordern wir eine klare Absage an Wahlcomputer und digitale Wahlsysteme jeglicher Art.
606

607 **FÖRDERPROGRAMME: WEITERFÜHRENDE EMPFEHLUNGEN ZUR POLITISCHEN STEUERUNG**

612 **Die Ausgangslage:**

613 Trotz aller problematischen Entwicklungen, bietet die Digitalisierung mannigfaltige Möglichkeiten
614 unsere Gesellschaft in sozialer und ökologischer Hinsicht zu verbessern. Von politischer
615 Steuerungsseite stellt sich die Frage nach einer sinnvollen Förderung und Lenkung dieses Potenzials.
616 Dies gilt insbesondere für die Nutzung von digitalen Lösungen und KI im Gesundheitswesen, für den
617 Umweltschutz, dem Management von Energiesystemen und für öffentliche Dienstleistungen.

618 **Das Problem:**

619 An den digitalen Erneuerungen von Produktions- und Distributionsstätten in der Wirtschaft
620 profitieren die Bürgerinnen und Bürger unzureichend, und wenn, dann nur indirekt. Bislang fördern
621 vergleichbare Programme des Landes und des Bundes digitale Innovationen zu bestimmten Themen,
622 bzw. Wirtschaftszweigen, doch eine Garantie dafür, dass die geförderten Innovationen zu einem
623 späteren Zeitpunkt tatsächlich vor Ort bei den Menschen ankommen, gibt es nicht. Im Fokus der
624 Förderung stehen bislang gewerbliche Unternehmen sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen.
625

626 **Die Position:**

627 Neben der Förderung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, muss es von zentralem
628 politischen Interesse sein, digitale Innovationen in der Fläche umzusetzen, sprich: bei den
629 Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in den Kommunen. So bieten etwa die kommunalen Einrichtungen
630 der 53 Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen eine herausragende Möglichkeit diese
631 Entwicklung maßgeblich mitzugestalten und so für breite Bevölkerungsgruppen fruchtbar zu machen.

633 Die demokratisch legitimierten Spitzen der Kommunen müssen auch bei dem Thema der
634 Digitalisierung wieder mehr eigenen Gestaltungsspielraum bekommen. Sie können sehr gut darüber
635 entscheiden, welche Bedürfnisse ihre Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben, an welcher Stelle etwas
636 dringend und grundsätzlich neugestaltet werden muss und sollte.
637

638 DESHALB FORDERN WIR:

639 1. Kommunales Förderprogramm für digitale Lösungen

640 Den Kommunen muss die Möglichkeit gegeben werden, mithilfe eines kommunalen
641 Förderprogramms für digitale Lösungen, eigene Leistungen nach den Bedarfen vor Ort öffentlich
642 auszuschreiben. Ein solches Fördervorhaben muss mit bestehenden Förderprogrammen des Landes
643 NRW und des Bundes abgestimmt werden. Eine Parallelstruktur ist zu vermeiden.
644

645 2. Unterstützung der Kommunen in NRW

646 Das Land NRW muss den weniger starken Kommunen in NRW Unterstützungsdienstleistungen
647 bieten, damit sie kommunale Herausforderungen mithilfe digitaler Lösungen meistern können. Dabei
648 sollten bestehende Strukturen, wie etwa die der Regionalagenturen oder der Regionalforstämter,
649 genutzt werden, um fachliche Begleitung und Erfahrungsaustausch flächendeckend zu ermöglichen.
650

Antrag

angenommen

abgelehnt

überwiesen an